

IV. 4 Einschätzung eines Bedarfs an Unterstützungsmaßnahmen bzw. Veränderungen im Schulsystem

Im Prinzip - wenn auch mit den oben aufgeführten Einschränkungen - stehen alle befragten PädagogInnen und PsychologInnen der Entwicklung positiv gegenüber, Schule und Arbeitswelt bzw. Praxis stärker zu verbinden. Leitungen aus dem Bereich der Schultypen, die bereits eine starke Praxisorientierung in der Schule systemisch verankert haben (BMHS), sind damit mehrheitlich zufrieden. Offensichtlich, so ein Vertreter der Schulpsychologie, ist eine Erwerbstätigkeit neben dem Unterricht bereits in einem erheblichen Umfang möglich; der Freiraum im Bildungssystem sei demnach vorhanden. Darüber hinaus wird von den interviewten PädagogInnen zum einen vor allem eine höhere „Qualität“ der Erwerbstätigkeit von SchülerInnen gefordert, um die Erfahrungen besser für die Ausbildung nutzen zu können. In eine zweite Richtung zielen dann Vorschläge zu Maßnahmen, die vor allem die SchülerInnen vor Überlastungen, vor Wiederholungen und Abbrüchen schützen sollen.

Vereinzelt gibt es Wünsche bzw. Vorschläge für eine stärkere systematische Verschränkung von Schule und Praxis. Die Leitung einer HTL sieht den Übergang ins Berufsleben als etwas zu abrupt an und wünscht sich für höhere Jahrgänge eine stärkere Kooperationen mit der Wirtschaft und die Verlagerung eines Teils der Ausbildung in die Betriebe, um einen gleitenden Einstieg in den Beruf herzustellen. Dazu seien die derzeitigen Praktika zu kurz. Ähnlich argumentiert die Leitung einer kaufmännisch ausgerichteten Schule: Praxiselemente sollten auch hier ähnlich den HTL früher als bisher in die Schule einbezogen werden; dies sei im kaufmännischen Bereich noch nicht so entwickelt.

Die VertreterInnen der AHS sehen keinen Bedarf an systemischen Veränderungen, da bereits ausreichend Freiraum und Anknüpfungspunkte im Unterricht vorhanden sei. Hier ginge es vielmehr darum, zwei bis drei LehrerInnen pro Schule zu gewinnen, die den Themenbereich Arbeitswelt kontinuierlich im Unterricht aufnehmen und dabei die Erfahrungen der SchülerInnen systematisch einbeziehen würden. Dazu sei bereits ein Portfolio am Pädagogischen Institut erarbeitet worden, das LehrerInnen an den AHS als Instrument im Unterricht dienen kann. Mit solchen Instrumenten ließe sich das Bewusstsein bei LehrerInnen und SchülerInnen dafür stärken, dass Erfahrungen aus der Arbeitswelt etwas Wertvolles auch für den Unterricht seien.

Der größte Veränderungsbedarf wird allerdings auf der Seite der Erwerbstätigkeit gesehen. Hier geht es zum einen um eine stärkere fachliche Strukturierung der Tätigkeiten, die die Bedingung dafür wäre, den Konnex zwischen Berufswelt und Schule pädagogisch besser nutzen zu können. Dazu wäre auch eine bessere Betreuung im Job wichtig. Aufgrund der gegenwärtigen Schwierigkeiten, über solche Maßnahmen mit der Wirtschaft zu verhandeln, handele es sich hier jedoch, wie es eine Befragte ausdrückte, um „ein utopisches Element“. Zum anderen sieht die Mehrheit der Befragten die rechtliche Regelung zum Schutz der SchülerInnen in ihren Arbeitsverhältnissen als grundlegend an. Hier versteht sich die Tourismusbranche als Vorreiter für solche Regelungen. Zusammen mit einer besseren Betreuung in der Arbeit sowie eine systematischere Begleitung durch die Schule könnten dadurch auch die SchülerInnen besser vor eventueller Überlastung geschützt werden.

Das Plädoyer für mehr Systematisierung der Tätigkeiten und rechtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ist jedoch nicht unbedingt als Vorschlag zu verstehen, Arbeitserfahrungen für alle Schüler verpflichtend zu fordern. Ein interviewter Schulpsychologe warnt vor einer Generalisierung: „Ermöglichen wäre gut, Zwang zu mehr Arbeit nicht“. Es gäbe schließlich auch andere unbezahlte Möglichkeiten,

wertvolle Erfahrungen zu machen, so in Vereinen, Jugendclubs, als freie Programmierer usw. Diese Tätigkeiten müssten genauso anerkannt werden.

Die weiteren Vorschläge beziehen sich auf den Schutz der SchülerInnen vor Überlastung und die Vermeidung von Wiederholungen und Abbrüchen. Aus Sicht der schulpsychologischen Beratung ist es zu allererst wichtig, die Härtefälle zu erkennen und anzuerkennen, um sie dann im Einzelfall gezielt zu unterstützen. Unter Umständen wäre dazu auch eine bessere finanzielle Unterstützung nötig. Weiterhin wird von der Leitung einer HTL angesprochen, dass es „keine Kultur der Zwischenabschlüsse“ gäbe und deshalb dazu käme, dass SchülerInnen ein ganzes Jahr wiederholen müssen, nur weil sie eine Teilleistung nicht erbracht haben. Vermehrte Wiederholungen führten jedoch auch zu Abbrüchen, obwohl es hier nicht unbedingt an der Leistungsfähigkeit des Schülers bzw. der Schülerin liege, sondern möglicherweise an einer belastenden Lebenssituation, u.U. durch Erwerbstätigkeit. Es wäre daher sinnvoll, Möglichkeiten des „Nachbesserns“ von nicht erbrachten Teilleistungen einzuräumen, ohne die Schulstufe wiederholen zu müssen. Noch grundlegender fordert ein Schulpsychologe, die Plätze im Ausbildungssystem wieder stärker der Begabungs- und Leistungsfähigkeit der Jugendlichen anzupassen, um Überlastungssituationen und Abbrüchen vorzubeugen.